

Sportamt Doku // Juni 2020 – September 2020

Seite 2:

Auszug aus der Großen Anfrage der CDU Fraktion „Wie stark nimmt die linke Gewalt in Bremen zu? (02.06.20)

Seite 2:

Dringlichkeitsantrag der FDP Fraktion „Bremen darf keine Hochburg des Linksextremismus bleiben“ (04.06.20)

Seite 3:

Auszüge aus dem Verfassungsschutzbericht 2019 (16.07.20)

Seite 4:

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU Was passiert im „Alten Sportamt“? (22.07.2020)

Seite 6:

Weser Kurier: Linksextreme sollen Aktionen gegen Polizei geübt haben (30.07.2020)

Seite 7:

Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 22. Juli 2020 „Was passiert im „Alten Sportamt“?“ (25.08.2020)

Seite 10:

Weser Kurier: Bremer Senat sieht Nähe zu Linksextremen (24.08.2020)

Seite 11:

Auszug aus der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der CDU vom 02.06.20 „Wie stark nimmt die linke Gewalt in Bremen zu?“ (25.08.20)

Seite 12:

Zur aktuellen Diskussion rund um das Alte Sportamt: Innensenat fordert „Extremismusklausel“ (27.08.2020)

Seite 13:

taz Bremen: Attacke aufs Sportamt (28.08.2020)

Seite 15:

Weser Kurier: Nutzer des Alten Sportamts lehnen Vertragsänderung ab (04.09.2020)

Seite 16:

Antrag des Abgeordneten Peter Beck (AFD) „Überprüfung der Mittelvergabe innerhalb der linkspolitischen Bereiche“ (01.09.2020)

Seite 17:

Pressemitteilungen der FDP-Fraktion des Bremer Senats (04.09.2020)

Seite 18:

Pressemitteilung Fraktion DIE LINKE „Das Alte Sportamt nicht kriminalisieren“ (07.09.2020)

Seite 19:

Weser Kurier: Von Kriminalisierung bis Kündigung (08.09.2020)

Seite 20:

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU „Keine Unterstützung für Extremisten - Leihvertrag für das Alte Sportamt auf den Prüfstand stellen!“ (08.09.2020)

Auszug aus der Großen Anfrage der CDU Fraktion „Wie stark nimmt die linke Gewalt in Bremen zu?“ (02.06.20)

(...)

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hat in der letzten Legislaturperiode bereits einen umfassenden Fragenkatalog (Drs.19/1526) zu linksmotivierten Straftaten gestellt. Gerade vor dem Hintergrund der stetig steigenden Zahlen der Taten, sowie der immer weiterreichenden Gewaltbereitschaft gegen eine Vielzahl von öffentlichen Einrichtungen, muss dieses Phänomen noch stärker in Augenschein genommen werden und es darf auf keinen Fall zugelassen werden, dass die linke Gewalt in Bremen ausufert und das Bundesland (endgültig) zum „HotSpot“ und Ausgangspunkt links motivierter Gewalt und Hetze wird.

(...)

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

(...)

18. Wie ist die derzeitige Situation im sog. „Alten Sportamt“ und inwieweit werden die dort geltenden Regeln eingehalten? Welche finanziellen Mittel sind in diesem Zusammenhang insgesamt bislang aufgewendet worden, für was und an wen?

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP „Bremen darf keine Hochburg des Linksextremismus bleiben!“ (04.06.20)

Aus der vom Bundesinnenministerium am 27. Mai 2020 vorgestellten Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) und den Fallzahlen Politisch Motivierter Kriminalität (PMK) 2019 wird deutlich: Die Zahl politisch motivierter Straftaten nahm im letzten Jahr deutlich zu. Im Bereich politisch links motivierter Kriminalität gab es 2019 bundesweit einen Anstieg von 23,7 Prozent gegenüber 2018. Aktuelle Zahlen für Bremen liegen noch nicht vor. Allerdings stellte der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz gegenüber dem „Weser-Kurier“ (6. Mai 2020) fest, dass Bremen mittlerweile sowohl in quantitativer als auch qualitativer Hinsicht eine Hochburg des militanten Linksextremismus darstelle.

(...)

Als Sofortmaßnahme sollte innerhalb des Staatsschutzes des LKA Bremen eine Taskforce eingerichtet werden, die sich ausschließlich und zielgenau dem Entstehen, den Nährböden und der Aufklärung von Straftaten aus dem Bereich der politisch motivierten Straftaten Links widmet, sodass Ermittlungen in Zukunft zu einer höheren Erfolgsquote führen. Gleichzeitig kann ein solcher Bericht aufzeigen, wo bürgerliche Kampagnen von linksextremistischen, gewaltorientierten Gruppen unterwandert werden und damit auch die Möglichkeit zur Abgrenzung und Eigenverantwortung zu verdeutlichen.

Als zweite Sofortmaßnahme muss das Land Bremen prüfen inwiefern Fördergeldempfänger oder Einrichtungen, die vom Land oder den Stadtgemeinden in anderer Weise gefördert werden, Rückzugsräume oder Unterstützung für gewaltorientierte, linksextremistische bzw. im Verdacht des Linksextremismus stehenden Organisationen bieten. Beispielsweise hat der Verfassungsschutz des Landes Berlin die Gruppierung „Ende Gelände“ als linksextremistisch eingestuft. Selbst wenn Bremen zu der Einschätzung käme, dass es sich um eine linksextremistische Unterwanderung einer bürgerlicher Kampagnen handelt, müsste intensiv geprüft werden, ob es in Zukunft sein kann, wie es im Juni 2019 war, dass der Bremer Ableger von „Ende Gelände“ das „Alte Sportamt“ in der Pauliner Marsch für ein sogenanntes „Aktionstraining“ nutzen durfte. Denn eines ist klar: es darf in keiner Form staatliche Unterstützung für Verfassungsfeinde oder für linksextremistische, gewaltorientierte Kriminelle geben. Weder direkt noch indirekt.

Auszüge aus den Verfassungsschutzberichten 2019 (16.07.20)

Basisgruppe Antifaschismus (Seite 49)

(...) Die Gruppierung ist seit 2011 in dem kommunistischen "...umsGanze!"-Bündnis organisiert. Unter dem Motto "All we want for birthday is communism" feierte die BA im Jahr 2018 ihr 10-jähriges Bestehen im "Alten Sportamt", welches der "linken" und linksextremistischen Szene als Veranstaltungsort dient. In der Einladung formuliert die Gruppierung ihre linksextremistische Zielrichtung deutlich, die in der revolutionären Überwindung des demokratischen Rechtsstaates und der Errichtung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung liegt

Klimaproteste (Seite 61)

(...) Die 2014 initiierte linksextremistisch beeinflusste Kampagne (Ende Gelände) organisiert Protestaktionen gegen den Braunkohleabbau. (...) Die bundesweit agierende linksextremistische Gruppierung "Interventionistische Linke" (IL) ist maßgeblich in die Aktivitäten involviert. Im Jahr 2019 fanden zwei "Ende Gelände-Aktionstage" im rheinischen Braunkohlerevier und im Lausitzer Braunkohlerevier statt, an denen sich Bremer Linksextremisten beteiligten. Im Vorfeld der Aktionstage in der Lausitz gab es in Bremen mehrere Informationsveranstaltungen und ein "Aktionstraining" am 17. November 2019 im Szeneobjekt "Altes Sportamt". Ziel des Aktionstrainings war es, die Teilnehmer auf ein Aufeinandertreffen mit der Polizei vorzubereiten und zum Beispiel das Durchbrechen und Umfließen einer polizeilichen Absperrung zu üben.

Kampf um bezahlbaren Wohnraum (Seite 57)

(...) In Bremen war das Thema der Erhaltung und Schaffung von "autonomen Freiräumen" in den vergangenen Jahren wiederholt Schwerpunkt von gewaltorientierten Linksextremisten, zuletzt im

Zusammenhang mit dem "Alten Sportamt". Dieser Veranstaltungsort der "linken" Szene, der sowohl von Nichtextremisten als auch von gewaltorientierten Linksextremisten genutzt wird, galt in den Jahren 2015 bis 2017 als besetzt.

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU „Was passiert im Alten Sportamt?“ (22.07.2020)

Jahrelang war das „Alte Sportamt“ von Vertretern aus dem linken Spektrum besetzt. 2017 wurde dann zwischen der Stadt Bremen und dem Verein „Klapstuhl e.V.“ ein Leihvertrag geschlossen, der die kostenfreie Nutzung der Immobilie für die Besetzer sicherstellte. Dieses Vorgehen des Senats hat mitunter auch durchaus kritische Reaktionen in der Öffentlichkeit hervorgerufen.

Am 16.07.2020 wurde in Bremen der aktuelle Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2019 vorgestellt. In diesem Bericht findet sich das „Alte Sportamt“ mehrfach wieder. Unter anderem gibt es einen Abschnitt, der das „Alte Sportamt“ als Veranstaltungsort der „linken“ und linksextremistischen Szene bezeichnet (S.49 des Verfassungsschutzberichtes 2019).

Darüber hinaus wird im Verfassungsschutzbericht beschrieben, wie sich Bremer Linksextremisten im Rahmen von Aktionstagen im „Alten Sportamt“ auf Aufeinandertreffen mit der Polizei vorbereiten und zum Beispiel das Durchbrechen und Umfließen einer polizeilichen Absperrung üben (S.61). Es ist zumindest zu bezweifeln, dass breite Teile der Bremer Bevölkerung das Durchführen derartiger Veranstaltungsformate in Liegenschaften der öffentlichen Hand für sinnvoll und unterstützungswürdig erachten. Aus diesem Grund gilt es den gesamten Themenkomplex einer genaueren Betrachtung zuzuführen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand der Nutzung, der Eigentumsverhältnisse und der Trägerschaft (Miete, Besitz etc.) im Alten Sportamt? Inwieweit hat der im Jahr 2017 geschlossene Leihvertrag noch Bestand bzw. gab es seither Anpassungen an dem Vertrag und wenn ja, welche? Wer sind im aktuellen Vertrag die vertragsschließenden Parteien?
2. Sofern der ursprüngliche Leihvertrag von 2017 noch Bestand hat, wie häufig und durch wen wurde die Bedingung des Leihvertrages kontrolliert, dass sich in den Wintermonaten niemand im Alten Sportamt aufhalten darf? Wer ist für diese Kontrollen zuständig und verantwortlich?
 - a. Inwieweit wurden in den letzten drei Jahren Verstöße gegen diese Vertragsbedingung festgestellt und wie häufig?
 - b. Welche Konsequenzen zogen etwaige Vertragsverletzungen nach sich?
3. Welche Erkenntnisse hat der Senat über die Leihnehmer des Alten Sportamts und die dort durchgeführten Aktivitäten? Welcher Art sind diese Aktivitäten und inwieweit haben sie politischen Charakter?
4. Inwieweit hat der Senat Kenntnis darüber, dass es bei den Leihnutzern bzw. dort regelmäßig anzutreffende Personen Überschneidungen zur Linksextremen Bremer Szene gibt? Welchen Zusammenhang gibt es mit dort veranstalteten politischen Angeboten und Aktivitäten der linksextremistischen Szene? Wie bewertet der Senat diese Situation?

5. Inwieweit wird der Verein „Klapstuhl e.V.“, über die kostenfreie Nutzung des „Alten Sportamts“ hinaus, finanziell oder in einer anderen Weise von der Stadt Bremen unterstützt?
6. Inwiefern gab es in den letzten fünf Jahren Beschwerden zu den Leihnehmern und Besuchern des Alten Sportamts bspw. bei der Polizei, dem Ordnungsamt, der Umweltbehörde etc.? Welcher Art waren etwaige Beschwerden und wie wurde diesen abgeholfen?
7. Inwieweit war das Alte Sportamt in der „Corona-Zeit“ geschlossen und wenn es wieder geöffnet sein sollte, seit wann?
8. Inwieweit wird die im Leihvertrag unter Punkt 1. vereinbarte Lagerungsmöglichkeit vom 01.11. bis zum 31.03 eines jeden Jahres dahingehend überprüft, dass eine Lagerung darüber hinaus nicht stattfindet?
9. Inwiefern hat der Senat Kenntnis über die Einhaltung der Brandschutzaufgaben, z.B. durch eine ordnungsgemäße Bereitstellung von Feuerlöschern und Rauchmeldern im Alten Sportamt?
- Wann und durch wen wurde die Liegenschaft letztmalig unter Gesichtspunkten des Brandschutzes überprüft?
 - Inwiefern wurden Brandschutzaspekte im geltenden Leihvertrag berücksichtigt?
10. Wie beurteilt der Senat den derzeitigen baulichen Zustand des Alten Sportamtes?
- Welche Reparatur- und Unterhaltungsmaßnahmen am überlassenen Gebäude und auf den Freiflächen gab es in den letzten drei Jahren und inwieweit wurden diese vom Leihnehmer durchgeführt?
 - Welche Kosten sind dem Leihnehmer dadurch entstanden? c. Inwieweit gab es Veränderungen an der Fassade des Gebäudes seitens der Vertragsnehmer?
11. Wie hoch waren die für das Leihobjekt anfallenden Kosten für Wasser, Abwasser, Strom und Müllentsorgung in den vergangenen drei Jahren und inwieweit hat der Leihnehmer diese tatsächlich getragen? Wer hat ggf. angefallene Kosten beglichen bzw. wie hoch sind ggf. säumige Verbindlichkeiten?
12. Inwiefern wird seitens des Senats die vertragliche Verpflichtung der Leihnehmer unter Punkt 3 des Leihvertrages regelmäßig überprüft, dass während der Nutzungszeit vom 1.4. bis zum 31.10. eines jeden Jahres im Gebäude keine Heizungsanlagen oder Heizkörper verwendet werden dürfen sowie die Nutzung des Außenbereiches nur dann erlaubt ist, wenn die Veranstaltungsgröße 199 Personen nicht übersteigt? Wie viele Verstöße gab es gegen diese Vertragsbedingung und welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?
13. Welche mittel- bzw. langfristigen Planungen verfolgt der Senat in Bezug auf das Grundstück sowie die eigentliche Immobilie des Alten Sportamts? Inwieweit soll das gegenwärtige Vertragsverhältnis fortgeführt werden? Welche vertraglichen Änderungen beabsichtigt der Senat ggf.?

Beschlussempfehlung: Dr. Thomas vom Bruch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

Weser Kurier: Altes Sportamt: Linksextreme sollen Aktionen gegen Polizei geübt haben (30.07.2020)

Laut dem Bremer Verfassungsschutz sollen Linksextreme im Alten Sportamt Aktionen gegen die Polizei geübt haben. Die Umstände möchte die CDU-Fraktion gerne genauer vom Senat beantwortet haben.

Seit längerer Zeit war es ziemlich ruhig um das Alte Sportamt, das sich seit dem 2017 mit der Stadt geschlossenen mietfreien Leihvertrag in der Obhut des Vereins Klapstuhl befindet. Ruhig ist es in der Pauliner Marsch auch im Moment, am 20. März verabschiedete der Verein den laut Homepage selbstorganisierten und unkommerziellen Raum „mit solidarischen Grüßen“ in eine unbestimmte Corona-Pause: keine Konzerte, Partys oder Workshops für das zumeist junge, linksalternative Spektrum.

Das war vor der Pandemie allerdings anders, und deshalb rückt der einstmalige Behördensitz wieder ins politische Bewusstsein. Der Senat wird sich in seiner Sitzung am 1. September mit dem Alten Sportamt befassen, und die Diskussion vor allem zwischen Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) und Finanzsenator Dietmar Strehl (Grüne) wird dann womöglich etwas härter. Auslöser ist eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Thomas vom Bruch. Der stellvertretende Fraktionschef hat den Mitte Juli veröffentlichten Bericht des Verfassungsschutzes gelesen und festgestellt, dass das Alte Sportamt beziehungsweise seine Nutzer darin auftauchen, und zwar in Passagen über linksextremistische Gewalt.

Zum einen wird in dem Bericht erwähnt, dass die seit 2008 bestehende „Basisgruppe Antifaschismus“, die die Verfassungsschützer als gewaltorientiert und verfassungsfeindlich gesinnt beschreiben, 2018 ihr zehnjähriges Bestehen im Alten Sportamt feierte. Brisanter ist eine andere Begebenheit: Mitte November trainierten in den Räumen linke Aktivisten, um sich auf Aktionen der Braunkohlegegner „Ende Gelände“ unter anderem in der Lausitz vorzubereiten. „Ziel des Trainings war es“, heißt es unter dem Punkt „Klimaproteste“, „die Teilnehmer auf ein Aufeinandertreffen mit der Polizei vorzubereiten und zum Beispiel das Durchbrechen und Umfließen einer polizeilichen Absperrung zu üben“.

Womöglich extremistische Aktivisten, die Aktionen gegen staatliche Organe auf von ebendiesem Staat bezahltem Grund und Boden proben? Für vom Bruch wirft das viele Fragen auf, insgesamt 13 stehen auf der Liste für den Senat. „Wer ist da unterwegs und was passiert da? Das will meine Fraktion wissen“, sagt der Abgeordnete. „Ich bin wirklich gespannt auf die Antworten.“ Die Position der CDU sei dabei klar. Gegen kulturelle Aktivitäten einer politisch linken Jugendszene sei nichts einzuwenden. „Aber wir sind nicht der Auffassung, dass es die Öffentlichkeit akzeptieren muss, dass direkt oder indirekt gegen den Staat geplante Aktionen von öffentlichem Kapital profitieren“, sagt vom Bruch.

Unter anderem will er deshalb wissen, inwieweit dem Senat Überschneidungen der Sportamts-Nutzer zur linksextremen Szene bekannt sind. Und wie die Lage insgesamt eingeschätzt wird, ob etwa die Vereinbarungen des Leihvertrags, der Klapstuhl die Nutzung auf unbefristete Zeit, aber nur in den Monaten April bis Oktober gewährt, regelmäßig überprüft werde. Welcher Art sind die Aktivitäten und haben sie politischen Charakter?

Beteiligt an den Antworten sind neben dem Ressort von Bausenatorin Maike Schaefer (Grüne), das einmal pro Jahr prüft, ob alle bauordnungsrechtlichen Vorgaben eingehalten werden – also zum Beispiel das Verbot, dort Heizstrahler aufzustellen – vor allem Innen- und Finanzbehörde. Für deren ehemalige Senatorin Karoline Linnert (Grüne) war es in der Diskussion in der Zeit nach der illegalen Besetzung des Sportamts ab 2015 eine Art politische Herzensangelegenheit gewesen, die aktuelle Vertragslösung zu erreichen.

In der Innenbehörde betrachtet man die Situation kritischer. „Wir nehmen das Thema Linksextremismus sehr ernst und auch das Thema des Alten Sportamts ist eines, das uns beschäftigt“, sagt Sprecherin Rose Gerds-Schiffler. Bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes hatte Senator Mäurer angesichts von 127 Straftaten aus dem politisch linken Lager von seinen „wachsenden Sorgen“ gesprochen, weil auch die Linksextremen seiner Einschätzung nach auch in Bremen inzwischen nicht mehr davor zurückschrecken, Verletzungen oder gar Tote bei ihren Aktionen in Kauf zu nehmen.

Insgesamt werden in Bremen gut 230 Personen zur militanten linken Szene gerechnet. Die Aufklärung ihrer Taten, darunter zuletzt Anschläge auf Polizeireviere und Wohnungsbaugesellschaften, ist für die Polizei enorm schwierig. Klapstuhl äußerte sich auf Nachfrage des WESER-KURIER nicht zur aktuellen Situation. Vom Bruch hält eine öffentliche Diskussion für wichtig, auch mit Blick auf die bundesweit gesunkene Hemmschwelle, Polizei und Ordnungshüter zu attackieren. „Wir wollen nicht, dass auch Bremen ein Hotspot linker Gewalt wird“, sagt er.

Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 22. Juli 2020 „Was passiert im „Alten Sportamt“?“ (25.08.2020)

Der Senat beantwortet die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Der 2017 geschlossene Leihvertrag zwischen dem Verein klapstul e.V. und der Stadtgemeinde Bremen, vertreten durch die Immobilien Bremen AöR (IB) als Verwalterin für das Sondervermögen Immobilien und Technik, in welchem sich das Grundstück befindet, hat unverändert Bestand.

2. Das Gebäude wird von April bis Oktober gemäß Nutzungskonzept zu kulturellen Zwecken genutzt. In den Wintermonaten dient es Lagerzwecken. Da klapstul e.V. auch im Winter für das Gebäude in Sachen Verkehrssicherung verantwortlich ist, kann der Aufenthalt von Personen nicht gänzlich verboten werden. Kontrollen im mit einer Kontrolle durch Polizei oder Ordnungsamt vergleichbaren Sinne werden hier nicht durchgeführt, weil sie im Verhältnis zwischen zwei Vertragsparteien im immobilienwirtschaftlichen Bereich nicht angemessen sind. Bei zufälligen Sichtprüfungen im Winter hat sich bisher nicht der Verdacht ergeben, dass gegen die vertraglichen Vereinbarungen verstoßen wird. klapstul e. V. beendet jedes Jahr wie abgesprochen die Sommersaison und stellt den Betrieb als Veranstaltungsort und Treffpunkt ein, hierüber erhält IB eine entsprechende Mitteilung per Email und es erfolgt eine Veröffentlichung auf der Webseite des

alten Sportamtes. Da es auch sonst keinerlei Beschwerden oder sonstige Anhaltspunkte über vertragswidrige Nutzungen des Gebäudes im Winter gab, wurden keine Verstöße festgestellt.

3. Vertragspartner im Leihvertrag des „Alten Sportamtes“ ist der Verein klapstul e.V. Der Verein spricht sich nach eigenen Angaben gegen Rassismus, Sexismus, Homophobie und Antisemitismus aus. Zum überwiegenden Teil ist des Veranstaltungsspektrum im „Alten Sportamt“ von diesen Zielen geprägt und realisiert sich in der Saison von April bis Oktober in Konzerten, Filmreihen, offenen Treffen für selbstorganisierte Gruppen (Selbsthilfe), Tanzveranstaltungen und Mottopartys sowie Solidaritätsveranstaltungen pro „Altes Sportamt“.

Allerdings finden sich unter den Vereinsmitgliedern laut Verfassungsschutz auch Personen, die dem gewaltorientierten links-extremistischen Spektrum zuzuordnen sind. Zum ideologischen Unterstützerkreis des „Alten Sportamtes“ zählen u.a. Gruppierungen wie etwa die „Interventionistische Linke“ (IL), die „Antifaschistische Gruppe Bremen“ (AGB) und die „Basisgruppe Antifa Bremen“ (BA), die der Verfassungsschutz jeweils der gewaltorientierten linksextremistischen Szene Bremens zurechnet. Zudem fanden im „Alten Sportamt“ laut Verfassungsschutzbericht linksextremistisch eingeordnete Veranstaltungen statt.

Genannt wird u.a., dass im November 2019 die Örtlichkeit für „Aktions- und Blockadetrainings“ in Vorbereitung auf Demonstrationen genutzt wurde. Bis zu 30 Personen haben sich im Bereich des Gebäudes und auf dem Freigelände vor dem Gebäude „Altes Sportamt“ eingefunden. Dabei wurden Szenarien wie das Durchdringen von Polizeiketten und die Durchführung von Sitzblockaden geübt. Im Zusammenhang mit den zunehmenden Gewalttaten aus dem linksextremistischen Milieu und der Nähe der einzelner Nutzerinnen und Nutzer des „Alten Sportamtes“ zu diesem Spektrum wurde ein erstes Gespräch zwischen Immobilien Bremen und klapstul e.V. am 17. August 2020 geführt um auf diese problematische Entwicklung einzuwirken. Der Senat wird diese Entwicklung weiterhin äußerst kritisch beobachten und lehnt jede Form der Unterstützung gewaltorientierter Aktivitäten entschieden ab.

4. Die Erhaltung und Schaffung von „autonomen Freiräumen“, wozu in erster Linie besetzte Häuser und selbst verwaltete Projekte zählen, ist seit jeher ein Schwerpunkt der „Antirepressionsarbeit“ von gewaltorientierten Linksextremisten. In Bremen stellt das „Alte Sportamt“ einen solchen „Freiraum“ für die linksextremistische Szene dar.

Sowohl unter den Nutzern des „Alten Sportamtes“ und den Mitgliedern des Vereins klapstul e.V. als auch den Gästen finden sich einzelne gewaltorientierte Linksextremisten. Vor diesem Hintergrund sieht der Senat das „Alte Sportamt“ als einen Veranstaltungsort von besonderer Bedeutung für die gewaltorientierte linksextremistische Szene Bremens. Neben den Argumenten, die für eine Überlassung der Räumlichkeiten sprechen, verkennt der Senat daher nicht die Auswirkungen, die damit einhergehen. Die weitere Entwicklung der Situation wird der Senat aufmerksam beobachten und bewerten.

5. In den Vertragsverhandlungen hat klapstul e. V. gegenüber Immobilien Bremen herausgestellt, unabhängig von öffentlichen Förderungen bleiben zu wollen. Gänzlich kostenfrei ist das alte Sportamt außerdem nicht überlassen worden, klapstul e. V. trägt die laufenden Kosten des Objekts direkt und übernimmt die Verkehrssicherung.

6. In den letzten fünf Jahren verzeichnete das Ordnungsamt keine und die Polizei Bremen eine Beschwerde aus dem Jahr 2018. Eine Anruferin beschwerte sich bei der Polizei Bremen über die laute Musik im „Alten Sportamt“. Der Verantwortliche gab an, dass die Nachbarn (Kleingärtner) mittels Flyer über die Veranstaltung informiert worden seien. Bei Immobilien Bremen sind vor dem Vertragsabschluss Beschwerden hinsichtlich Lärmbelästigung aufgelaufen. Diese wurden zwischen klapstul e. V. und dem benachbarten Kleingartenverein geklärt. Lediglich weggeworfene

Spraydosen am Graben zum Sportplatz waren hin und wieder Thema. Die dort angrenzende Außenwand des alten Sportamtes ist mit Graffiti besprüht und klapstul e. V. kümmert sich so gut es geht auch um den dort hinterlassenen Müll.

7. Seit dem 20.03.2020 ist das „Alte Sportamt“, bedingt durch die Corona-Pandemie, geschlossen. Derzeit liegen noch keine Informationen vor, wann das „Alte Sportamt“ wieder öffnet. Aktuell erfolgt die Aufstellung eines Hygienekonzepts, um zumindest den Außenbereich in Kürze wieder nutzen zu können. Hierfür ist allerdings klapstul e. V. eigenständig verantwortlich. Immobilien Bremen wurde lediglich über die Planungen informiert.

8. Eine über diesen Zeitraum hinausgehende Lagerung von für den Betrieb des „Alten Sportamtes“ notwendigen Gegenständen ist durch die vertraglich vereinbarte Nutzung in den Sommermonaten gedeckt. Daher ist eine Überprüfung nicht notwendig.

9. Es erfolgt einmal jährlich eine Kontrolle, an der neben Immobilien Bremen auch die Bauordnung und die Feuerwehr teilnehmen. Der Leihvertrag berücksichtigt diese Aspekte. Die Nutzung in den Sommermonaten darf jedes Jahr nur nach Freigabe durch Bauordnung und Feuerwehr aufgenommen werden. Da der Betrieb 2020 wegen Corona noch nicht aufgenommen wurde, hat die letzte Begehung im Frühjahr 2019 stattgefunden. Alle Auflagen hat klapstul e. V. umgesetzt. Die Begehung für 2020 wird wegen der geplanten Öffnung des Außenbereichs derzeit abgestimmt.

10. Größere Instandhaltungsmaßnahmen hat es nicht gegeben, lediglich in Sachen Brandschutz wurden kleinere Maßnahmen umgesetzt. Bekannt wurde Immobilien Bremen außerdem die Abwicklung eines größeren Sturmschadens (umgestürzter Baum) durch klapstul e. V., hierbei sind aber am Gebäude keine Schäden entstanden. Über die Kosten liegen keine Erkenntnisse vor. Die Fassade wurde optisch gestaltet, was bei diesem maroden Gebäude kein Problem darstellt.

11. Der Leihnehmer hat sämtliche derartige Kosten direkt getragen, die Höhe ist Immobilien Bremen daher nicht bekannt. Verbindlichkeiten gegenüber IB bestehen nicht.

12. Verstöße sind Immobilien Bremen nicht bekannt. Bei der jährlichen Kontrolle wurden keine Heizgeräte festgestellt. Die Überprüfung der Veranstaltungsgröße obliegt nicht Immobilien Bremen. Verstöße wurden aber von keiner Seite gemeldet. Es ist davon auszugehen, dass klapstul e. V. sich hier als Veranstalter verantwortlich verhält, so wurde es jedenfalls bisher stets in den geführten Gesprächen vermittelt und über das Nutzungskonzept bestätigt.

13. Die Nutzung des „Alten Sportamtes“ durch klapstul e. V. ist das Ergebnis der besonderen bauordnungsrechtlichen Situation des Grundstücks. Im Überschwemmungsgebiet ist eine anderweitige, wirtschaftlich sinnvolle Nutzung nicht möglich, da es keine Baugenehmigung für eine entsprechend notwendige Umgestaltung des Gebäudes geben würde. Es handelt sich laut B-Plan um eine Öffentliche Sportanlage.

Weser Kurier: Altes Sportamt: Bremer Senat sieht Nähe zu Linksextremen (24.08.2020)

Konzerte, Partys oder Workshops des linksalternativen Spektrums im Alten Sportamt bereiten der Landesregierung kein Kopfzerbrechen. Anders sieht das mit der Nähe der Nutzer zur linksextremistischen Szene aus.

Die Stadt Bremen führt Gespräche mit dem Verein Klapstul über die weitere Nutzung des Alten Sportamtes. Grund dafür ist der „unheilvolle Zusammenhang zunehmender Gewalttaten aus dem linksextremistischen Milieu und die Nähe der Nutzer des Alten Sportamtes zu diesem Spektrum“, heißt es in einer Antwort des Senats auf eine entsprechende Anfrage der CDU. Unter den Vereinsmitgliedern befänden sich einzelne Personen, die nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes, „dem gewaltorientierten links-extremistischen Spektrum zuzuordnen sind“. Man erwäge deshalb eine Anpassung der vertraglichen Bedingungen.

2017 wurde das baufällige Gebäude in der Pauliner Marsch dem Verein Klapstul per Leihvertrag mietfrei überlassen. Der nutzt es für Konzerte, Partys oder Workshops des linksalternativen Spektrums. Doch es gibt auch andere Nutzungen: Im aktuellen Verfassungsschutzbericht wird aufgeführt, dass die Immobilie mehrfach zur Vorbereitung linksextremistischer Aktionen diene. Dies nahm die CDU-Fraktion zum Anlass für eine Kleine Anfrage an den Senat. Dessen Antworten liegen jetzt vor.

Die vertragsrechtlichen Fragen der CDU werden dabei schnell abgehandelt. Der von Immobilien Bremen 2017 mit Klapstul abgeschlossene Leihvertrag habe unverändert Bestand. Das Gebäude werde gemäß Nutzungskonzept von April bis Oktober zu kulturellen Zwecken genutzt. In den Wintermonaten diene es als Lager. Kontrollen von Polizei oder Ordnungsamt würden nicht durchgeführt. Diese wären laut Senat „im Verhältnis zwischen zwei Vertragsparteien im immobilienwirtschaftlichen Bereich nicht angemessen“. Anhaltspunkte auf Verstöße gebe es nicht, ebenso wenig wie Beschwerden über vertragswidrige Nutzungen des Gebäudes.

Die laufenden Kosten des Objekts (Wasser, Abwasser, Strom und Müllentsorgung) und die Verkehrssicherung übernehme der Verein, eine öffentliche finanzielle Förderung über den mietfreien Leihvertrag hinaus gebe es nicht.

Soweit so unproblematisch. Doch da ist aus Sicht des Senats auch noch die Nähe der Nutzer zur linksextremistischen Szene. So zählten unter anderem Gruppierungen wie die Interventionistische Linke, die Antifaschistische Gruppe Bremen und die Basisgruppe Antifa Bremen zum ideologischen Unterstützerkreis des Alten Sportamtes. Allesamt Gruppierungen, die der gewaltorientierten Szene zuzurechnen seien und deutlich Position gegen den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat bezogen hätten. Das Alte Sportamt habe diesen Gruppen wiederholt als Veranstaltungsort gedient, unter anderem auch für „Aktions- und Blockadetrainings“ in Vorbereitung auf Demonstrationen.

Vor diesem Hintergrund sei das Alte Sportamt „ein Veranstaltungsort von besonderer Bedeutung für die gewaltorientierte linksextremistische Szene Bremens“. Trotz aller Argumente, die für eine Überlassung der Räumlichkeiten sprechen, verkenne der Senat nicht die Auswirkungen, die mit

dieser Beobachtung einhergehen. Man werde die weitere Entwicklung der Situation deshalb aufmerksam beobachten und bewerten.

Auszug aus der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der CDU vom 02.06.20 „Wie stark nimmt die linke Gewalt in Bremen zu?“ (25.08.20)

(...)

18. Vertragspartner im Leihvertrag des „Alten Sportamtes“ ist der Verein klapstul e.V. Der Verein spricht sich nach eigenen Angaben gegen Rassismus, Sexismus, Homophobie und Antisemitismus aus. Zum überwiegenden Teil ist des Veranstaltungsspektrum im „Alten Sportamt“ von diesen Zielen geprägt und realisiert sich in der Saison von April bis Oktober in Konzerten, Filmreihen, offenen Treffen für selbstorganisierte Gruppen (Selbsthilfe), Tanzveranstaltungen und Mottopartys sowie Solidaritätsveranstaltungen pro „Altes Sportamt“. Allerdings finden sich unter den Vereinsmitgliedern laut Verfassungsschutz auch Personen, die dem gewaltorientierten links-extremistischen Spektrum zuzuordnen sind.

Zum ideologischen Unterstützerkreis des „Alten Sportamtes“ zählen u.a. Gruppierungen wie etwa die „Interventionistische Linke“ (IL), die „Antifaschistische Gruppe Bremen“ (AGB) und die „Basisgruppe Antifa Bremen“ (BA), die der Verfassungsschutz jeweils der gewaltorientierten linksextremistischen Szene Bremens zurechnet.

Zudem fanden im „Alten Sportamt“ laut Verfassungsschutzbericht linksextremistisch eingeordnete Veranstaltungen statt. Genannt wird u.a., dass im November 2019 die Örtlichkeit für „Aktions- und Blockadetrainings“ in Vorbereitung auf Demonstrationen genutzt wurde. Bis zu 30 Personen haben sich im Bereich des Gebäudes und auf dem Freigelände vor dem Gebäude „Altes Sportamt“ eingefunden. Dabei wurden Szenarien wie das Durchdringen von Polizeiketten und die Durchführung von Sitzblockaden geübt.

Im Zusammenhang mit den zunehmenden Gewalttaten aus dem linksextremistischen Milieu und der Nähe der einzelner Nutzerinnen und Nutzer des „Alten Sportamtes“ zu diesem Spektrum wurde ein erstes Gespräch zwischen Immobilien Bremen und klapstul e.V. am 17. August 2020 geführt um auf diese problematische Entwicklung einzuwirken. Der Senat wird diese Entwicklung weiterhin äußerst kritisch beobachten und lehnt jede Form der Unterstützung gewaltorientierter Aktivitäten entschieden ab.

Zur aktuellen Diskussion rund um das Alte Sportamt: Innensenat fordert „Extremismusklausel“ (27.08.2020)

Laut Weser Kurier vom 24.08. finden gerade Gespräche zwischen der Stadt und den Nutzer_innen des Alten Sportamts über eine mögliche „Anpassung der vertraglichen Bedingungen“ statt. Richtig ist, dass es ein Gespräch am 21.08. gegeben hat, jedoch keine weiteren in diesem Zusammenhang stattfinden werden. Doch was war eigentlich geschehen?

Nachdem Mitte Juli diesen Jahres der aktuelle Verfassungsschutzbericht veröffentlicht wurde, nahm die CDU-Fraktion des Bremer Senats diesen zum Anlass, eine kleine Anfrage an den Bremer Senat zu stellen. Ihnen sei aufgefallen, dass sich das Alte Sportamt in diesem Bericht mehrfach wieder fände. Was folgte war ein Weser Kurier Artikel vom 30.07. mit dem Titel „Linksextreme sollen Aktionen gegen Polizei geübt haben“.

Am 17.08. erreichte uns die Nachricht, dass die verantwortlichen Behörden eine Ergänzung des Vertrages erwirken wollen. Es sollte ein Punkt in den Vertrag aufgenommen werden, der besagt, dass „die Überlassung des Leihobjekts an vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestufte Gruppierungen nicht gestattet ist.“ Diesen Zusatz haben wir sowohl im Gespräch mit der Immobilien Bremen als auch schriftlich abgelehnt. Wir werden uns auch in Zukunft nicht vorschreiben lassen, welche Gruppen oder andere Zusammenhänge die Räumlichkeiten im Alten Sportamt nutzen werden.

Mit dem Begriff „Linksextremismus“ wird hier zum wiederholten Male versucht, linksradikale und emanzipatorische Strukturen und Projekte zu diffamieren und zu kriminalisieren. Diesen Angriff auf unsere Zusammenhänge lassen wir an dieser Stelle nicht unkommentiert. Die völlig intransparente und oftmals willkürliche Einteilung des Verfassungsschutzes in vermeintliche Verfassungsfeind_innen und echte Demokrat_innen lehnen wir grundsätzlich ab. Vielmehr zielt die Verwendung dieses Begriffes darauf ab, dass alles, was nicht der selbsternannten „Mitte“ entspricht, als extremistisch gilt und entsprechend kriminalisiert werden kann. Die damit oftmals verbundene Gleichsetzung von „rechts“ und „links“ halten wir für grundlegend falsch. Hier werden auf der einen Seite faschistische, rassistische oder antisemitische Ideologien verharmlost und auf der anderen legitimer Widerstand dagegen diffamiert.

Auch die Berichterstattung der letzten Wochen im Weser Kurier lässt tief blicken. Anstatt seriösen Journalismus zu betreiben und Sachverhalte sorgfältig zu recherchieren, wird hier fleißig vom Verfassungsschutz abgeschrieben. Zu allem Überfluss bekommt Herr Mäurer (SPD) eine Plattform geboten, um seine nicht belegten „Sorgen“ zu äußern, dass „die Linksextremen seiner Einschätzung nach auch in Bremen inzwischen nicht mehr davor zurückschrecken, Verletzungen oder gar Tote bei ihren Aktionen in Kauf zu nehmen.“ Die Hetze, die hier betrieben wird, halten wir für äußerst gefährlich. In einer Zeit in der Rassist_innen, Faschist_innen und Antisemit_innen Morde begehen und linke Projekte und Einzelpersonen angreifen, exemplarisch sei hier der Brandanschlag im Februar 2020 auf das Jugendhaus „Die Frieze“ im Bremer Steintorviertel genannt, sollten sich die

beteiligten Akteure mit falschen Behauptungen zurückhalten und sich lieber an die eigene Nase fassen. Stichwort Verfassungsschutz und NSU, Nazinetzwerk in der Polizei in Hessen, aktuelle Debatte um Polizeigewalt in Deutschland, usw.

Wir werden weiterhin für eine solidarische, herrschaftsfreie Gesellschaft kämpfen. Wir solidarisieren uns ausdrücklich mit allen Gruppen, Initiativen, Projekten und sonstigen Zusammenhängen die das ebenfalls tun. Solange diese Demokratie auf Ausbeutung, Krieg und Unterdrückung basiert wird es legitimen Widerstand dagegen geben und geben müssen. Das Alte Sportamt wird weiterhin ein Ort sein an dem Menschen sich frei von Kontrolle selbst organisieren können, sich austauschen und diskutieren können oder einfach eine gute Zeit zusammen haben. Wir lassen uns nicht spalten oder einschüchtern.

euer Sportamt

taz Bremen: *Attacke aufs Sportamt* (28.08.2020)

Bremens autonomes Veranstaltungszentrum „Altes Sportamt“ gerät in Bedrängnis – weil der Verfassungsschutz es als Problemobjekt labelt.

Die Weser rauscht und still liegt das Alte Sportamt. Corona hat die Saison des autonomen Veranstaltungszentrums gecancelt. Dennoch gibt es Unruhe, Donnerstag fand sogar ein außerplanmäßiges Plenum statt. Auslöser war die aktuelle Berichterstattung – Aktivist*innen sprechen sogar von „Hetze“ – über eine Senatsantwort auf eine Anfrage der CDU-Fraktion im Weser-Kurier.

Der zitiert angeblich aus dem Dokument Wertungen, die sich so in der Parlamentsdrucksache nicht finden und behauptet: „Die Stadt Bremen führt Gespräche mit dem Verein Klapstul über die weitere Nutzung des Alten Sportamtes.“ Das wird von beiden Seiten dementiert. Persönlich habe man sich nur „im Rahmen der üblichen Begehung ausgetauscht“, sagt Peter Schulz von Immobilien Bremen, die das Objekt verwalten.

Das Gebäude in der Pauliner Marsch dient seit fast zehn Jahren als selbst organisiertes Veranstaltungszentrum. Ein Vertrag existiert seit 2017, und tatsächlich schildert die Senatsantwort den Verein Klapstul, dem die Stadt die Location leihweise überlässt, entlang durchaus kiebiger Fragen als mustergültigen, fast schon spießigen Vertragspartner. So habe „in den letzten fünf Jahren das Ordnungsamt keine und die Polizei Bremen eine Beschwerde“ wegen lauter Musik verzeichnet, also: eine, in fünf Jahren, gegen ein Veranstaltungszentrum. Das ist echt nichts.

Noch weniger Anlass zum Klagen gibt es baupolizeilich: Wie verabredet gibt es keine Heizkörper im Alten Sportamt. Der Termin für die jährliche Brandschutzbegehung war bei Redigat der Senatsantwort noch coronabedingt in der Abstimmung. Mittlerweile hat sie wohl stattgefunden – und wie in den Vorjahren keine Beanstandungen erbracht. Auch Wasser, Strom und Müll zahlen die Sportamtler pünktlich: „Verbindlichkeiten gegenüber Immobilien Bremen bestehen nicht“, so weit die Senatsantwort.

Das Hauptaugenmerk der CDU liegt aber ohnehin auf etwas anderem: Der Senat attestiert „einzelnen Nutzerinnen und Nutzern“ eine „Nähe“ zum linksextremistischen Milieu. Unter Vereinsmitgliedern, Sportamt-Nutzer*innen sowie Gästen „finden sich einzelne gewaltorientierte Linksextremisten“, heißt es in dem Papier. Das ist, was Innenpolitiker Thomas vom Bruch (CDU) umtreibt. „Selbstverständlich stellen wir die Fragen aus politischem Interesse, also im Hinblick auf mögliche Folgen.“ Man wolle wissen, „inwiefern ist das tolerabel, was sich dort abspielt“.

Anknüpfungspunkt dafür war der Bremer Verfassungsschutzbericht. Der hatte, mit eigentümlicher Nutzung der Anführungszeichen, das Alte Sportamt als Veranstaltungsort „der ‚linken‘ und linksextremistischen Szene“ bezeichnet. Relevant fand der Landesgeheimdienst, dass die Basisgruppe Antifa dort ihr zehnjähriges Bestehen gefeiert hatte. Zudem erwähnt er ein Training, das im Vorfeld der „Ende Gelände!“-Aktionstage in der Lausitz stattgefunden haben soll.

Mindestens wäre das ein würdiger Anlass gewesen: Denn Neonazis hatten gedroht, die dortigen Anti-Braunkohle-Blockaden im November 2019 aufzumischen. Tatsächlich war dann auch eine mit Quartz-Handschuhen und Axtstielen bewaffnete Fascho-Gruppe festgenommen worden, die sich an eine Mahnwache heranzupirschen schien. Zudem gab es ungewöhnlich deutliche Hinweise auf rechte Unterströmungen in der zuständigen Landespolizei: Eine Gruppe von neun Beamten hatte sich vor einem Graffito fotografiert, mit dem Rechtsradikale gegen die Proteste mobilisierten.

Die Sportamt-Leute sind basisdemokratisch organisiert. Repräsentativ- und Sprecher*innen-Funktionen gibt es nur auf geschäftlicher, nicht auf inhaltlicher Ebene. Manche mutmaßen, dass die Corona-Vakanz strategisch für einen Angriff genutzt werden soll. Konsens aber ist: Man sieht sich diffamiert und kriminalisiert mithilfe des schwammigen Labels „Linksextremismus“.

Folgerichtig hat man den vom Senat unternommenen Vorstoß brüsk abgelehnt, in den Leihvertrag eine Klausel aufzunehmen, nach der das Leihobjekt Gruppen nicht überlassen werden dürfe, die der Verfassungsschutz des Extremismus bezichtigt. „Die völlig intransparente und oftmals willkürliche Einteilung des Verfassungsschutzes in vermeintliche Verfassungsfeind_innen und echte Demokrat_innen lehnen wir grundsätzlich ab“, heißt es in einer Stellungnahme. Bei einer Unterredung war der Sachverhalt geklärt. „Der Senat wird diese Entwicklung weiterhin äußerst kritisch beobachten“, heißt es nun.

Das dürfte Thomas vom Bruch nicht reichen. Es sei noch zu früh für ein abschließendes Urteil, sagt er. Aber „die Tendenz bei uns ist, dass wir das nicht für hinnehmbar halten“. Man dürfe sich „nicht

zum Nachwächterstaat degradieren lassen, der noch unterstützt, wenn Leute etwas gegen die Verfassung unternehmen“.

Das Alte Sportamt sieht sich eher als Enklave in der Konkurrenz- und Leistungsgesellschaft, in der „Menschen sich frei von Kontrolle selbst organisieren, sich austauschen und diskutieren können“. Man lasse sich weder spalten noch einschüchtern im Kampf „für eine solidarische herrschaftsfreie Gesellschaft“.

Weser Kurier: Nutzer des Alten Sportamts lehnen Vertragsänderung ab (04.09.2020)

Immobilien Bremen wünscht sich eine Zusatzklausel im Leihvertrag für das Alte Sportamt, die linksextremistisch eingestuften Gruppen die Nutzung der Immobilie untersagt. Doch daraus wird nichts.

Der Verein „Klapstul“, seit 2017 mietfreier Nutzer des Alten Sportamtes, lehnt Änderungen im Leihvertrag für das Gebäude ab. „Wir werden uns auch in Zukunft nicht vorschreiben lassen, welche Gruppen oder andere Zusammenhänge die Räumlichkeiten im Alten Sportamt nutzen werden“, teilt der Verein in einem Schreiben mit. Das Alte Sportamt werde weiterhin ein Ort sein, an dem Menschen sich frei von Kontrolle selbst organisieren könnten. „Wir lassen uns nicht spalten oder einschüchtern.“ Für Immobilien Bremen und das Finanzressort ist die Angelegenheit damit erledigt.

Vor drei Jahren hat die Stadt dem Verein das baufällige Gebäude in der Pauliner Marsch per Leihvertrag mietfrei überlassen. Der nutzt es seither für Konzerte, Partys oder Workshops des linksalternativen Spektrums. Im jüngsten Verfassungsschutzbericht ist allerdings auch von einer anderen Nutzung die Rede. Demnach diene die Immobilie mehrfach zur Vorbereitung linksextremistischer Aktionen. Die Innenbehörde spricht von einem „unheilvollen Zusammenhang zunehmender Gewalttaten aus dem linksextremistischen Milieu und die Nähe der Nutzer des Alten Sportamtes zu diesem Spektrum“. Man erwäge deshalb eine Anpassung der vertraglichen Bedingungen, hieß es im August in einer Antwort des Senats auf eine Anfrage der CDU.

Behörden wollten Vertragsergänzung bewirken

Tatsächlich hat es inzwischen entsprechende Kontakte gegeben. Am 17. August habe man erfahren, dass die verantwortlichen Behörden eine Ergänzung des Vertrages erwirken wollten, berichtet Klapstul. Dabei sei es um einen Zusatz gegangen, der besagt, dass „die Überlassung des Leihobjekts an vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestufte Gruppierungen nicht gestattet ist“.

Diesen Zusatz habe man gegenüber Immobilien Bremen abgelehnt. „Wir werden weiterhin für eine solidarische, herrschaftsfreie Gesellschaft kämpfen“, betont der Verein und solidarisiert sich ausdrücklich mit allen gleichgesinnten Gruppen, Initiativen, Projekten und sonstigen Zusammenhängen. „Solange diese Demokratie auf Ausbeutung, Krieg und Unterdrückung basiert, wird es legitimen Widerstand dagegen geben und geben müssen.“ Den Vorwurf, Linksextremisten eine Bühne zu bieten, weist der Verein zurück. Hier werde zum wiederholten Male versucht, „linksradikale und emanzipatorische Strukturen und Projekte zu diffamieren und zu kriminalisieren“.

Immobilien Bremen habe diese Entscheidung zur Kenntnis genommen und es habe daraufhin keine weiteren Reaktionen seitens der Stadt gegeben. Aus Sicht des Vereins ist der Sachverhalt damit „für beide Seiten geklärt“. Peter Schulz, Sprecher von Immobilien Bremen, bestätigt dies. Man habe gegenüber Vereinsvertretern den Wunsch geäußert, den zitierten Passus mit in den Leihvertrag aufzunehmen. „Das hat der Verein grundsätzlich abgelehnt.“ Für Immobilien Bremen als Verwalterin des Objekts sei das Thema damit abgeschlossen. „Wir sind der Aufforderung nachgekommen, an den Verein heranzutreten und haben die Informationen an die senatorische Dienststelle weitergegeben.“

Finanzbehörde sieht keinen weiteren Handlungsbedarf

Gemeint ist damit die Finanzbehörde, in deren Zuständigkeit die Vermietung städtischer Immobilien fällt. Auch dort sieht man derzeit keinen weiteren Handlungsbedarf, wie Simon Hammann, persönlicher Referent von Finanzsenator Dietmar Strehl (Grüne) auf Anfrage des WESER-KURIER mitteilte. In dem mit den Vereinsvertretern geführten Gespräch sei es vor allem darum gegangen, darauf hinzuweisen, „dass wir neben all den unproblematischen Aktivitäten im Alten Sportamt auch die Hinweise des Verfassungsschutzes wahrgenommen haben und dies deutlich machen wollten“.

Sachstand sei aber, dass es keine strafrelevanten Ermittlungen im Umfeld des Alten Sportamts gibt und alle Vertragsvereinbarungen eingehalten werden. „Somit ist für Immobilien Bremen keine darüber hinausgehende Intervention angezeigt“, so Hammann, der zur Haltung des Finanzressorts in dieser Frage auf einen Senatsbeschluss vom 25. August verweist: „Der Senat wird die Entwicklung weiterhin äußerst kritisch beobachten und lehnt jede Form der Unterstützung gewaltorientierter Aktivitäten entschieden ab.“

Antrag des Abgeordneten Peter Beck (AFD) (01.09.2020)

Überprüfung der Mittelvergabe innerhalb der linkspolitischen Bereiche

Der aktuelle Bremer Verfassungsschutzbericht 2019 beschreibt Vorfälle innerhalb der Liegenschaft des Alten Sportamtes, welche höchstmöglichen Anlass zur Besorgnis gebensollte. Es ist nicht hinnehmbar, wenn die Nutznießer einer mit staatlichen Geldern geförderten Bremer Liegenschaft diese zumindest zeitweilig zum Zwecke eines autonomen Trainingscamp linksextremer Kräfte umfunktionierten, indem dort u. a. Ausbildungen stattfanden, um zum Beispiel, Polizeisperren zu durchbrechen.

Es kann und darf nicht angehen, dass Gruppierungen wie die Interventionistische Linke, die Antifaschistische Gruppe Bremen und die Basisgruppe Antifa Bremen, also Gruppierungen, welche der gewaltorientierten Szene zuzurechnen sind und offen Position gegen den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat beziehen, die Liegenschaft als Veranstaltungsort für vorgenannte Demonstrationsvorbereitungen nutzen konnten. Abgesehen davon scheint auch niemand aus dem Senat fundierte Kenntnisse darüber zu besitzen, welcher Natur die dort durchgeführten Konzerte, Partys oder Workshops überhaupt waren. Handelt es sich bei näherer Betrachtung möglicherweise bereits um eine linksautonome Operationsbasis nach dem Prinzip „Die Straße zur Bambule – das Sportamt als Hort“!? Dieser Verdacht liegt mehr als nahe!

Es lässt sich inzwischen nun wirklich nicht mehr leugnen, welche hochgradig radikalisierten und gewaltbereiten Kräfte Teil der linksautonomen Szene im Land Bremen sind und dass deren menschliche Hemmschwelle, einschließlich der rohen Gewaltbereitschaft gegen Menschen und Sachen, immer weiter sinkt. Da werden munter Anschläge gegen die Bremer Polizei sowie Immobilienfirmen durchgeführt und der linken Szene unliebsame Personen des politischen Lebens in Bremen, also erkannte Andersdenkende, sind definierte Ziele.

Es kann nicht angehen, dass linksextreme Biotop- und Planungs- bzw. Rückzugsbasen über öffentliche Mittel gefördert werden und sei es auch nur durch leihweise Überlassung.

Beschlussempfehlung: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt die zweckentfremdete Nutzung der Liegenschaft „Altes Sportamt“ aufs Schärfste und fordert eine rechtfertigende Stellungnahme zu den benannten Vorkommnissen durch den Verein Klapstuhl, sowie eine detaillierte Überprüfung der Mittelvergabe in den linkspolitischen Bereichen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

a) den Leihvertrag mit dem Verein Klapstuhl unverzüglich zu beenden sowie die Räumung der Liegenschaft ausdrücklich sicherzustellen sowie wirksame Sicherungsmaßnahmen zu treffen, um einem erneuten Besetzungszustand vorzubeugen,

b) die Rolle der Partei DIE LINKE in diesem Fall gründlich durch den Verfassungsschutz untersuchen zu lassen,

c) die Partei DIE LINKE als identifizierten parlamentarischen Arm der sogenannten Antifa endlich unter Verfassungsschutzbeobachtung zu stellen.

Pressemitteilungen der FDP-Fraktion des Bremer Senats (04.09.2020)

Das Alte Sportamt wurde laut Verfassungsschutzbericht zur Vorbereitung von linksextremistischen Aktionen genutzt. Der Verein „Klapstuhl“ lehnt dennoch ein Antiextremismusklausel im Leihvertrag für das Alte Sportamt ab. Der Bremer Senat scheint das zu akzeptieren. Die innenpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion Bremen, Birgit Bergmann, erklärt dazu:

„Es ist ein Skandal, wie Immobilien Bremen und der Bremer Senat mit der Causa ‚Altes Sportamt‘ umgeht. Müssen wirklich erst Menschen zu Schaden kommen, wie Finanzressort und Immobilien Bremen suggerieren, wenn sie auf die Tatsache verweisen, dass bislang keine strafrelevanten Ermittlungen im Umfeld des Alten Sportamtes durchgeführt werden mussten?“

Bereits Anfang Juni haben wir als FDP-Fraktion in unserem Antrag zum Linksextremismus in Bremen gefordert, dass der Senat prüfen möge, ob linksextremistische Organisationen möglicherweise von staatlicher Förderung ideeller oder materieller Art profitieren und wie dies verhindert werden kann. Vermischungen, Unterwanderungen, Nährböden und Gelassenheit gegenüber linker Gewalt können wir nur entgegenwirken, wenn wir mutig fragen, wer, wo, wie und warum in Bremen linke Gewalt toleriert, fördert, finanziert oder Raum gibt. Am Umgang mit der Situation im Alten Sportamt wird sichtbar, dass der Senat und die ihn tragenden Parteien bereit sind, linksextreme Umtriebe in Bremen indirekt zu unterstützen. Auch die Aussagen in der Bürgerschaft, dass man natürlich Gewalt und Brandanschläge als Mittel der politischen Auseinandersetzung ablehne, verlieren mit diesem Verhalten ihre Glaubhaftigkeit.

Wir erwarten vom Senat, den Leihvertrag zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen, wenn der Verein „Klappstuhl“ sich weiterhin weigert, eine entsprechende Antiextremismusklausel in den Leihvertrag über das Alte Sportamt aufzunehmen. Sicher finden sich in Bremen andere Interessenten, die mit beiden Beinen auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen.“

Pressemitteilung Fraktion „DIE LINKE“ (07.09.2020)

Das ‚Alte Sportamt‘ nicht kriminalisieren

Seit vielen Jahren wird das ‚Alte Sportamt‘ vom Verein ‚Klappstuhl e.V.‘ als unkommerzieller Raum für Kunst und Kultur, aber auch für politische Bildung genutzt. Nachdem das ‚Alte Sportamt‘ einige Jahre besetzt war, gilt seit 2017 ein unbefristeter Leihvertrag zwischen der Stadt Bremen und dem Verein. Seit einigen Wochen kritisieren CDU, FDP und AfD den Verein und die Veranstaltungen, die auf dem Gelände stattgefunden haben und fordern teilweise die Räumung des subkulturellen Zentrums.

Nelson Janßen, innenpolitischer Sprecher und Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, kritisiert die Kampagne gegen das ‚Alte Sportamt‘: „Das ‚Alte Sportamt‘ wird von zahlreichen Menschen in vielfältiger Art und Weise genutzt. In all den Jahren hatte der Verein ‚Klappstuhl‘ keine Probleme mit der Polizei, dem Ordnungsamt oder dem Bauamt. Der Verein kümmert sich vorbildlich um das Gelände und hat ausnahmslos alle Pflichten im Leihvertrag erfüllt. Dennoch fordern FDP und AfD die Auflösung des Vertrages. Hier werden politisch missliebige Menschen aus Parteikalkül kriminalisiert.“

Miriam Strunge, kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, ergänzt: „Das ‚Alte Sportamt‘ ist ein wichtiger Veranstaltungsort für die Subkultur in Bremen. Es ist ein Raum für unkommerzielle Kunst und Kultur, aber auch politische Bildung. Ohne den Verein würde das Gelände ungenutzt langsam verfallen. Klappstuhl e.V. hat das Ziel Räume anzubieten, die ‚frei von

aggressiven Leistungserwartungen, sexistischem Rollenverhalten, Rassismus, Homo-/Transphobie und Antisemitismus‘ sind. Es ist wichtig, dass in unserer Gesellschaft solche Räume angeboten werden und wir unterstützen dieses Ziel ausdrücklich. Wir sehen deshalb keinerlei Grund, warum der Leihvertrag gekündigt werden sollte.“

Weser Kurier: *Von Kriminalisierung bis Kündigung* (08.09.2020)

Kontroverse ums Alte Sportamt: Während die FDP Konsequenzen bis hin zur Vertragskündigung für den Betreiber-Verein „Klapstul“ fordert, bricht die Linke eine Lanze für dessen „vorbildliches Verhalten“.

Seit der Verfassungsschutz im Alten Sportamt linksextremistische Aktivitäten ausgemacht hat, scheiden sich an der Frage der weiteren Nutzung der Immobilie die Geister: Während die FDP fordert, den Leihvertrag mit „Klapstul“ zu kündigen, der dem Verein die mietfreie Nutzung des Gebäudes ermöglicht (wir berichteten), warnt nun die Linke davor, die Einrichtung und deren Betreiber zu kriminalisieren.

Das Alte Sportamt wird seit Jahren als unkommerzieller Raum für Kunst, Kultur und Politik genutzt. Zunächst war die auffällige Immobilie in der Pauliner Marsch besetzt, seit 2018 gibt es einen unbefristeten Leihvertrag zwischen der Stadt und „Klapstul“. Aufgrund mehrerer Veranstaltungen mit, laut Verfassungsschutz, linksextremistischem Hintergrund steht das subkulturelle Zentrum jetzt in der Kritik. Nelson Janßen, Vorsitzender der Linken-Fraktion und deren innenpolitischer Sprecher, weist diese zurück.

Das Gebäude werde von zahlreichen Menschen in vielfältiger Art und Weise genutzt. "Und in all den Jahren hatte ‚Klapstul‘ keine Probleme mit der Polizei, dem Ordnungsamt oder dem Bauamt." Der Verein kümmere sich vorbildlich um das Gelände und habe ausnahmslos alle im Leihvertrag festgehaltenen Pflichten erfüllt. Dennoch werde die Auflösung des Vertrages gefordert. "Hier werden politisch missliebige Menschen aus Parteikalkül kriminalisiert.“

Ohne den Verein würde das Gelände ungenutzt verfallen, ergänzt Miriam Strunge, kulturpolitische Sprecherin der Linken. "Klapstul" habe das Ziel, Räume anzubieten, die "frei von aggressiven Leistungserwartungen, sexistischem Rollenverhalten, Rassismus, Homo-/Transphobie und Antisemitismus sind". Dieses Ziel unterstütze die Linke. "Wir sehen deshalb keinerlei Grund, warum der Leihvertrag gekündigt werden sollte.“

Das Alte Sportamt „nicht den Linksextremen überlassen“, fordert dagegen die FDP-Fraktion. Mieter des Gebäudes „müssten mit beiden Beinen auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen“, betont Birgit Bergmann, innenpolitische Sprecherin der Liberalen.

Dass der Verein sich weigert, den Leihvertrag um eine Anti-Extremismusklausel zu ergänzen, und dies offenbar von Immobilien Bremen und der Bremer Senat akzeptiert werde, bezeichnet Bergmann als Skandal. „Müssen wirklich erst Menschen zu Schaden kommen, wie Finanzressort und Immobilien Bremen suggerieren, wenn sie auf die Tatsache verweisen, dass bislang keine strafrelevanten Ermittlungen im Umfeld des Alten Sportamtes durchgeführt werden mussten?“

Am Umgang mit der Situation im Alten Sportamt werde sichtbar, dass der Senat und die ihn tragenden Parteien bereit seien, linksextreme Umtriebe in Bremen indirekt zu unterstützen, so Bergmann. „Wir erwarten vom Senat, den Leihvertrag zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen, wenn ‚Klapstul‘ sich weiterhin weigert, eine entsprechende Anti-Extremismusklausel in den Leihvertrag aufzunehmen.“

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU (08.09.2020)

Keine Unterstützung für Extremisten - Leihvertrag für das Alte Sportamt auf den Prüfstand stellen!

Aus dem aktuellen Bremer Verfassungsschutzbericht 2019 geht hervor, dass das Alte Sportamt nicht nur ein kultureller Veranstaltungsort für die linke Szene ist, wo man sich für Konzerte, Filmabende oder zu Tanzveranstaltungen trifft. Viel mehr wird deutlich, dass dieser Ort auch von potentiell militanten Linksextremen genutzt wird, um sich auf Demonstrationen vorzubereiten und Aktions- und Blockadetrainings bei Polizeieinsätzen zu proben.

In der Antwort auf die große Anfrage der CDU-Bürgerschaftsfraktion „Wie stark nimmt die linke Gewalt in Bremen zu?“ (Drs.20/571) gibt der Senat bei der Frage nach den Unterstützungshandlungen für linksextremistische Kräfte an, dass dem Vermeiden von finanziellen und anderen Unterstützungsleistungen in allen Phänomenbereichen eine besondere Bedeutung zukomme. Das Landesamt für Verfassungsschutz ermögliche es durch seine Öffentlichkeitsarbeit (u.a. durch die jährliche Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichts), dass sowohl politische Parteien und öffentliche Stellen als auch privaten Institutionen und Einzelpersonen, erkennen können, ob sie Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung unterstützen. Wendet man diesen Grundsatz konsequent auf das Alte Sportamt an, darf es nicht weiter zur kostenfreien Nutzung der Immobilie durch Menschen kommen, die nicht durchgehend auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und sich gegen Grundsätze unseres auf Friedlichkeit und Gewaltlosigkeit beruhenden Rechts wenden.

Der Senat räumt ein, dass sich unter den Vereinsmitgliedern des Vereins klapstul e.V. auch Personen aus dem gewaltorientierten linksextremistischen Spektrum befinden. Zum Unterstützerkreis zählen die „Interventionistische Linke“ (IL), die „Antifaschistische Gruppe Bremen“ (AGB) und die „Basisgruppe Antifa Bremen“ (BA). Allesamt Gruppierungen, die im Verfassungsschutzbericht als gewaltorientiert eingestuft werden und sich gegen die Polizei und andere Sicherheitsorgane, aber auch gegen privatwirtschaftliche Unternehmen z.B. der Wohnungsbranche richten. Um deutlicher als bisher zu machen, dass ein solches Verhalten nicht geduldet wird, kann die Konsequenz nur sein, das bestehende Leihvertragsverhältnis auf den Prüfstand zu stellen.

Falls es zu keiner überprüfbaren, eindeutigen und verbindlichen Einigung kommt, ist dieses zu beenden und nach geeigneten neuen Nutzern zu suchen, die eine derartige Unterstützung seitens der Stadt und der Steuerzahler am Ende nicht auch noch durch Verhalten gegen die Gemeinschaft missbrauchen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. bei all seinen politischen Entscheidungen dafür Sorge zu tragen, dass Institutionen, Organisationen, Vereine und Personen – unabhängig von deren politischer Ausrichtung, gesellschaftlichem Hintergrund und weltanschaulichen Zielen – keinesfalls Nutznießer von jedweder staatlicher Unterstützung sein können, falls diese extremistische Bestrebungen aktiv befördern bzw. durch ihr Agieren begünstigen.
2. bei Nachverhandlungen bezüglich des geschlossenen Leihvertrags zwischen der Stadtgemeinde Bremen und dem Verein „klapstul e.V.“ darauf hinzuwirken, dass eine Vertragsklausel in den Leihvertrag aufgenommen wird, dass es im Rahmen der Nutzung der Immobilie des Alten Sportamtes keine Aktivitäten geben darf, die in irgendeiner Weise extremistischen Zielen Vorschub leisten und demnach auch keine Überlassung an Gruppierungen erfolgen darf, die laut Verfassungsschutzbericht als extremistisch und gewaltorientiert eingestuft wurden.
3. für den Fall, dass es zu keiner Anpassung der Nutzungsvereinbarung wie unter Ziffer 2. skizziert kommt, den Leihvertrag mit dem Verein „klapstul e.V.“ unverzüglich zu kündigen und jedwede weitere Nutzung der Immobilie des Alten Sportamtes sowie des Areals durch Mitglieder des Vereins sowie jeglicher anderer Angehöriger extremistischen Gruppierung, zu untersagen.
4. im Falle der Kündigung eine anderweitige Nutzung des Alten Sportamtes zu prüfen, die dem sportlich und freizeitorientierten Umfeld gerecht wird und hierfür einen geeigneten Vorschlag zu machen.
5. der Stadtbürgerschaft über das weitere Vorgehen innerhalb von 6 Monaten zu berichten.

Beschlussempfehlung:

Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU